Dresdner Nachrichten. Nr. 275. Dienstag, 2. Sept. 1894. Seite 2.

Erledigung der Regierungsgeschäfte nur der Monarch Nachmittags nach Moritzburg, wo Ihre Majestät die Königin bereits Mittags eingetroffen war. Se. Majestät gedenkt heute Abend, Ihre Majestät am Mittwoch nach Villa Strehlen zurückzukehren.

— Ihre Königl. Hoheiten Prinz Georg, Prinzeß Mathilde und Prinz Albert sind gestern Vormittag 9 Uhr 55 Minuten hier wieder aus Weinberg eingetroffen. Während die Prinzen sich nach dem Palais in der Zinzendorfstraße begaben, fuhr Prinzeß Mathilde direkt vom Bahnhofe nach Hosterwitz.

— Se. Königl. Hoheit Prinz Johann Georg ist am Sonnabend früh in Ledenburg eingetroffen, um seiner Schwester, Ihrer Kaiserl. und Königl. Hoheit der Frau Erzherzogin Maria Josepha einen Besuch abzustatten. Am Sonntag trafen Prinz Johann Georg und Erzherzogin Maria Josepha in Wien ein und nahmen im Palais des Erzherzog Karl Ludwig Wohnung. Zugleich war auch Se. M. und K. Hoheit Feldmarschall Erzherzog Albrecht in Wien ein. Se. K. Hoheit Prinz Johann Georg reiste im Laufe des Tages nach Gmunden ab.

— Ihre Königl. Hoheiten Prinz und Prinzeß Friedrich August werden heute Abend im Gewerbehaus das patriotische Festspiel „Sachsen im Felde" mit ihrem Besuche auszeichnen.

— Se. Excellenz der Oberhofmeister Wirkl. Geh. Rath v. Wandersleb, kommandirt zu Sr. Majestät des Königs, hat gestern einen mehrwöchigen Urlaub angetreten und sich nach auswärts begeben.

— Mit Genehmigung Sr. Majestät des Königs ist der Professor der Geographie an der Universität Halle Dr. Friedrich Ratzel zum Leiter der hiesigen Chemischen Central-Stelle für öffentliche Gesundheitspflege und zum Mitglied des Landes-Medizinalkollegiums ernannt, demselben auch eine ordentliche Professur in der chemischen Abtheilung der Technischen Hochschule hier, mit dem Lehrauftrage für Nahrungsmittelchemie, Gewerbehygiene, Statistik und Bakteriologie übertragen worden.

— Die Regierungsbaumeister bei der Staatseisenbahnverwaltung Johannes Emil Peter und Karl Alfred Wilhelm Voigt, hier in Dresden, erhalten den Titel und Rang als Bauinspektoren.

— Der Geheime Baurath und Mitglied der Königl. Preußischen Akademie des Bauwesens in Berlin, Paul Wallot, wurde zum Rathe bei der Baudirektion der hiesigen Akademie der bildenden Künste und zum Mitglied des akademischen Rathes, sowie zum Vorsitzenden für einzelne Lehrzweige im Entwerfen von Gebäuden und für bauwissenschaftliche Vorträge an der hiesigen Technischen Hochschule ernannt.

— Es wurden der Vorstand Bau-Oberingenieur der Staatseisenbahnverwaltung Meppe in Dresden zum Finanzrath und Vorstand der Oberbau-Sektion der Staatseisenbahnen, der Bauinspektor Paul Pogge in Dresden zum Bau-Oberinspektor, der Betriebsinspektor in Leipzig Noble von Willemsen zum Bauinspektor, der Bauinspektor in Leipzig Weidner zum Betriebsinspektor und die Regierungsbaumeister Friedrich Bauinspektoren Pogge in Oberwiesenthal, Fritzsche in Dresden, sowie Tedme daselbst zu Bauinspektoren, sämmtlich bei der Staatseisenbahn-Verwaltung ernannt.

— Zu „Aus Abendzeit" meldet, daß die ordentliche Professur für Philosophie an der Würzburger Universität der Leipziger Gymnasialprofessor Dr. Külpe erhielt. Der Professor der Philosophie Herbert in Würzburg folgt einem Rufe nach Leipzig.

— Herr Medizinalrath Dr. Riedner beging gestern die Feier seines 25jährigen Jubiläums als oberster städtischer Medizinalbeamter. Von nah und fern liefen Glückwunschschreiben ein. Mittag erschien eine aus den Herren Oberbürgermeister Dr. Stübel und Stadtrath Handel bestehende Deputation zur Beglückwünschung bei dem Jubilar. Abends fand zu Ehren des treuverdienten Arztes ein Festmahl statt.

— Gestern trat nach höchst segensreicher Thätigkeit Se. Excellenz der Wirkliche Geh. Rath Freiherr von Gutschmid, Hofmarschall und Chef des Hofstaates Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Georg, in den Ruhestand. Königliche Huld zeichnete den treubewährten Beamten mit dem Großkreuz vom Albrechtsorden aus. Excellenz von Gutschmid bekleidete diese Stellung 22 Jahre lang. Vorher er das Amt eines Hofmarschalls im Jahre 1872 inne, war er Präfekt in Metz und noch früher Kreishauptmann zu Bautzen. Se. Königl. Hoheit Prinz Georg verabschiedete sich gestern Vormittag in der herzlichsten Weise von Sr. Excellenz und empfing bezüglich in besonderer Audienz den Nachfolger im Amte, Kammerherrn a. D. Martin von Haugk, dem von Sr. Majestät der Titel „Hofmarschall" mit dem damit verbundenen Range ertheilt worden ist. Hofmarschall von Haugk war bekanntlich früher Adjutant Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Johann Georg und stand zuletzt als Hauptmann im 1. Leibgrenadierregiment.

— Am gestrigen Tage ist der bisherige Oberaufseher in der Mühlhausvorstadt, Herr Friedrich Wilhelm Hänig, in den wohlverdienten Ruhestand übergetreten. Als Anerkennung für seine langjährigen treugeleisteten Dienste ist demselben das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen und bei seiner Verabschiedung von dem Herrn Oberbürgermeister Dr. Stübel ausgehändigt worden.

— Gestern waren 20 Jahre vergangen, daß Herr Hofrath Professor Graff sein Amt als Direktor an der hiesigen Kunstgewerbeschule angetreten. Angesichts der großen Verdienste, die sich dieser Herr in dem langen Zeitraume um seine Schule und das mit ihr verbundene Museum, um den Kunstgewerbeverein und das Kunstgewerbe überhaupt erworben hat, begab sich eine Deputation der Vorsteherinnen seiner Schule in die Wohnung ihres Direktors, um ihm zu dem wichtigen Tage zu beglückwünschen.

— Gestern Abend veranstaltete Herr Oberbürgermeister Dr. Stübel auf dem Königl. Belvedere ein Festmahl, an welchem Mitglieder des Rathes und der Stadtverordneten theilnahmen.

— Gestern Vormittag 9 Uhr wurde die feierliche Einweihung des an der Gymnasialstraße gelegenen Erziehungshauses im Christlichen Gemeinde vollzogen. In der stattlichen Festversammlung bemerkten wir u. A. die Herren Geh. Hofrath Dr. Wuttig, Oberkonsistorialrath Superintendent D. Dibelius, Oberkonsistorialrath a. D. D. Franz, Oberbürgermeister Dr. Stübel, Bürgermeister Beutler, Bürgermeister Dr. Geyer, die Stadträthe Hendel, Kuhn, Hetschel, Fischer, Adam, Geyer und eine Anzahl Stadtverordnete, Stadt-Schulkommissar Dr. Friedel, ferner waren anwesend der Direktor und das gesammte Lehrerpersonal der Stiftsschule, der Hausarzt Dr. med. Reiche, Pastor Dr. Kühn, Archidiakonus Dr. Neubert, Pastor Peter, die Erzieher und Erzieherinnen der neuen Anstalt, die erstmalig aufzunehmenden 25 Waisen und sämmtliche Schüler und Schülerinnen der Stiftsschule. Eingeleitet wurde die Feier mit dem Gesang eines vom Stiftsprediger Pastor Noll verfaßten Liedes „Treu und Anbetung sei dir, o Gott, Vater der Waisen", worauf der Stiftsprediger P. Schubert die Weiherede hielt. Er wies dann auf die endliche Verwirklichung des Wunsches des Stifters Benedix Christian, sowie auf die Bestimmung und Einrichtungen des neuen Erziehungshauses hin, ermahnte die aufzunehmenden Kinder zur Dankbarkeit für die ihnen zu Theil werdenden Wohlthaten und wies zugleich die Erzieher und Erzieherinnen in ihr neues Amt ein. Zum Schluß dankte Redner allen Denen, welche für welchen Zweck zur Errichtung der Anstalt zur Verfügung gestellt haben, insbesondere dem Landeskonsistorium und der Stiftsgeschwistern, ebenso dem Erbauer des Hauses Herrn Architekten Schen, dem ausführenden Herrn Stadtrath Baumeister Kaiser und Herrn Bauführer Schlichte. Den Dank gegen den frommen Stifter aber setzte er in dem Dank gegen den gnadenreichen Gott zusammen, der das Haus für alle Zeit in seinen gnädigen Schutz nehmen und segnen möchte. Nach dem Gesang des 100. Psalms („Vor Kindesheit komponirt von Kantor Schöne) und des Schlußliedes „Bete haben dies Haus gebaut", erfolgte ein Rundgang der Ehrengäste durch die schönen Räume des stattlichen Gebäudes. Mittags 12 Uhr fand eine Festspeisung von 100 Kindern statt, wozu die Speisen, da an diesem Tag in der Anstalt selbst noch nicht gekocht werden konnte, von Angermann's Restaurant (Tratteur Hirsch) geliefert wurden. An den Wohn- und Sterbehause Christi in der Töpfergasse wurde aus Anlaß der Feier eine Gedenktafel angebracht.

— Am Sonnabend fand die übliche Turnfahrt statt, welche die Jugendspiele des Gemeinnützigen Vereins abhielten. Trotz des ungünstigen Wetters hatten sich etwa 130 Schüler eingefunden, um noch einer Wanderung durch die Heide in einem vollständigen Wettturnen zu beweisen, was sie in der Schule und auf dem Spielplatze gelernt. Die Wettübungen bestanden in geschätzten Wettlaufen und Ballweitwerfen. Nach dem Turnen konnte — Dank der Freigebigkeit und Fürsorge des Gemeinnützigen Vereins — sämmtlichen Kindern im Restaurant der Reichsmühle ein warmes Mittagessen verabreicht werden. Unter fröhlichem Gesang wurde der Heimweg angetreten. Die Jugendspiele des Gemeinnützigen Vereins wurden für Knaben im kleinen Zirgehege an drei Nachmittagen und auf dem Platze der alten Vogelwiese an zwei Nachmittagen in der Zeit vom 17. April bis 21. September abgehalten. Sie waren sehr gut besucht; denn trotz der ungünstigen Witterung, die während des ganzen Sommers die Spiele bedeutend beeinträchtigte, haben sich doch im Ganzen 14,997 Knaben eingefunden, um — eingedenk des alten Wortes: „Nur in einem gesunden Körper kann wohnen ein gesunder Geist" — auch für die Gesundheit und Kräftigung des Körpers Sorge zu tragen. Die Oberleitung lag in den bewährten Händen des Herrn Oberlehrer Netsch, während die Beaufsichtigung der einzelnen Spielabtheilungen von mehreren Lehrern und einigen Seminaristen übernommen worden war. Ernstliche Unfälle sind nicht vorgekommen. Die Spiele selbst wurden auf beiden Spielplätzen durch Herrn Oberlehrer Netsch durch einen kurzen Akt geschlossen. Herr Oberlehrer Netsch wies noch einmal die Kinder darauf hin, welchen Segen die Spiele in freier Luft für die Gesundheit unserer Stadtjugend haben, wie sie vor allen Dingen auch einen günstigen Einfluß ausüben auf die Willenskraft und Charakterstärke eines Jeden. Mit einem dreifachen „Gut Heil" forderte er die Knaben auf, ihren Dank darzubringen dem Gemeinnützigen Verein, der für ihr Wohl auch in diesem Jahre weder Geldopfer noch Mühe gescheut hat, ferner den städtischen Behörden, welche den Platz für die Spiele überlassen und für Schutz und Ordnung durch stete Aufsicht gesorgt haben, zum Schluß auch den Herren Kaufmann Schöne, Kl. Packhofstraße und Großmann, die in uneigennütziger Weise für die Aufbewahrung der Spielgeräthe Sorge getragen haben. Mit einem „Gut Heil" auf unseren König Albert, unser sächsisches Vaterland und unsere Vaterstadt wurde die kurze Feier beendet. — Den Schluß der diesjährigen Jugendspiele bildet ein Familienabend Sonnabend den 6. ds. Mts. in Reinholds Sälen.

— Am Sonnabend entschlief sanft in Meißen im 86. Lebensjahre Herr Hofrath von Schroeter, Senior des Domstifts Wurzen und Johanniter-Ordensritter.

Fortsetzung des örtlichen Theiles auf Seite 4 u. 9.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Von den zuständigen Ministerien in Berlin werden durch Vermittelung der Provinzialbehörden die Kommunen auf Maßregeln aufmerksam gemacht, die geeignet seien, dem Entstehen weitverbreiter Arbeitslosigkeit vorzubeugen oder die Wirkungen eines unvermeidlichen Arbeitsmangels zu mildern. Wie der Staat, so hätten auch die kommunalen Vertretungen (Kreise und Gemeinden) in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber die Pflicht, der Arbeitslosigkeit nach Kräften dadurch entgegenzuwirken, daß sie allgemein und planmäßig auf eine zweckmäßige Vertheilung und Regelung der für ihre Rechnung auszuführenden Arbeiten Bedacht nähmen. Hierbei sei darauf hinzuwirken, daß Arbeiten, die nicht unbedingt an die Jahreszeit oder an bestimmte Termine gebunden seien, möglichst in Zeiten zu verlegen seien, in denen Mangel an Arbeitsgelegenheit zu befürchten sei. Es gelte dies ganz besonders von Arbeiten, bei denen auch nicht gelernte Arbeiter Verwendung finden könnten. Freilich seien auch Vorkehrungen zu treffen, um einen zu großen Zufluß Arbeitsloser nach einzelnen Orten zu hindern. Bei Arbeiten der gedachten Art würden also von den Kommunen nur solche Leute zu beschäftigen sein, welche in dem betr. Ort den Unterstützungswohnsitz haben oder daselbst wenigstens schon eine bestimmte Zeit in regelmäßiger Arbeit gestanden haben.

Bei der Behaftung der 183 Unteroffiziere der Berliner Oberfeuerwerkerschule handelt es sich lediglich um Disziplinarvergehen, keineswegs um hochverrätherische Umtriebe oder politische, insbesondere sozialdemokratische oder anarchistische Kundgebungen. Das Vergehen bestand in einer Demonstration wegen der Revision, die behufs Kontrole der Lebensführung nothwendig erschien. Um die Rädelsführer der Theilnehmer an der Ausschreitung zu ermitteln, erschien die Internirung des ganzen Jahrganges als zweckmäßigste Maßregel. Ueber die Affaire melden Berliner Blätter folgende Einzelheiten: In der Oberfeuerwerkerschule, Invalidenstraße 50, werden Unteroffiziere aus der gesammten Armee, zumeist Leute, die bereits sechs bis acht Jahre gedient haben, zu Oberfeuerwerkern ausgebildet und zwar in einem zwei Jahre dauernden Kursus. Mit Rücksicht darauf, daß die Schüler dieses Instituts zumeist ein größeres Maß von Bildung haben (eine große Anzahl hat das Abiturientenexamen gemacht), wurde denselben seither in ihren außerdienstlichen Verhältnissen eine freiere Bewegung gelassen, als dies sonst im militärischen Leben üblich ist. Die Leute fanden sich zu einer Art studentischer Verbindung zusammen, so zwar, daß z. B. die Garde ein eigenes Korps bildete, ebenso die Marine und die verschiedenen Armeekorps; jedes dieser Korps hatte seinen Präsidenten, und über allen stand ein Oberpräsidt. Die Korps hielten Kommerse nach studentischer Art, gaben Bierzeitungen heraus, sangen allerhand Lieder, die von Mitgliedern gedichtet waren und in denen die dienstlichen und außerdienstlichen Verhältnisse einer mehr oder minder scharfen Kritik unterzogen wurden. Im August v. J. war für die Hälfte der Mannschaft ein Kursus beendet, und es verblieben etwa 180 Mann, die erst ein Jahr auf der Schule waren, und zu diesen kamen ungefähr ebenso viele neue Schüler hinzu. Gleichzeitig fand auch ein Wechsel in der Stelle des Kommandeurs statt. Der neue Kommandeur führte nun eine stramme Disziplin ein, die namentlich unter den älteren Mannschaften viel böses Blut machte, so daß es unter denselben schon seit einigen Wochen zu gähren begann. Unter Anderem waren sie auch mit dem Oekonomen der Schule (Namens Wollermann) unzufrieden, sie boykottirten denselben daher und entnahmen von ihm nur, was sie vorschriftsmäßig entnehmen mußten; so speisten sie Mittags bei ihm, tranken aber nicht dazu, wie es früher der Fall war, bezogen das Bier vielmehr direkt von Berliner Brauereien. Da die Boten der liefernden Händler den Mannschaften nichts in das Kasernementgebäude liefern dürfen, ließen die Schüler die Bierwagen der Brauereien vor dem Portal halten und nahmen ihren Bedarf stückweise von dem Wagen herunter. Wegen der Anstiftung zu diesem Boykott wurden seiner Zeit bereits vier oder fünf der Rädelsführer bestraft. Außerdem glaubte die Mannschaft Veranlassung zu haben, sich über die strenge Handhabung der Hausdisziplin und namentlich über die Beschränkung der Urlaubszeit zu beklagen. Am Sonnabend in vorgerückter Nachmittagsstunde war aus irgend einem nicht näher bekannt gewordenen Anlaß der Unmuth der Mannschaften in so hohem Grade erregt worden, daß gegen den Kommandeur Major v. St., der sich gerade auf dem Hofe der Anstalt befand, laute Drohungen von den Mannschaftszimmern aus ausgestoßen wurden, an einem Fenster wurde auch der Ruf laut: „Hoch die Anarchie". Die gesammte Mannschaft wurde in Folge dessen sofort konsignirt und es wurde eine genaue Durchsuchung der Wohnräume vorgenommen. Hierbei sollen nun eine Menge Lieder, Bierzeitungen und dergleichen vorgefunden sein, in denen der mißliebige neue Kommandeur in gröblichster Weise verhöhnt wird. Von dem Vorgange ist zunächst der Berliner Kommandantur Meldung erstattet und von dort aus dem Kaiser nach Rominten auf telegraphischem Wege Nachricht gegeben worden, der auf gleichem Wege sofort die Ordre nach Berlin gelangen ließ, die renitenten Mannschaften nach Magdeburg in die Festung überführen zu lassen. Zu diesem Zweck wurde gegen Mitternacht das 2. Bataillon des in der Kaserne an der Rathenower Straße liegenden 4. Garde-Regiments alarmirt. Nachdem das Bataillon angetreten war, wurde dasselbe mit scharfen Patronen versehen und dann nach der Oberfeuerwerkerschule geführt; dort wurden sämmtliche Schüler des älteren Cötus, etwa 180, von dem Bataillon in Empfang genommen und nach dem Potsdamer Bahnhof eskortirt, woselbst in der Zwischenzeit ein Sonderzug bereit gestellt war, der nach 2 Uhr mit den Mannschaften der Oberfeuerwerkerschule und ihrer Eskorte nach Magdeburg abfuhr. Direkte Information aus dem betheiligten Offizierkreise war, aller Bemühungen ungeachtet, nicht zu erlangen, der Kommandeur der Feuerwerkerschule und das Lehrerpersonal hatten militärische Posten vor ihren Thüren, welche strenge Anweisung hatten, Niemanden vorzulassen. Wie dem „B. Tgbl." weiter berichtet wird, war mit dieser Massenverhaftung die Affaire noch nicht abgeschlossen. Am Sonntag Morgen gegen 4 Uhr wurde eine Eskadron des 2. Garde-Ulanen-Regiments, dessen Kaserne sich dicht neben der Oberfeuerwerkerschule befindet, alarmirt. Sie besetzte das Gebäude der Oberfeuerwerkerschule, in der neuerdings etwa 20 Personen festgenommen wurden. Im Laufe des Vormittags folgten noch mehrere Verhaftungen, so daß der letzte Transport der Festgenommenen erst Mittags nach Magdeburg abging. Sonntag Abend war die Kaserne der Oberfeuerwerkerschule ziemlich verödet.

Fürst Bismarck hat, wie dem „Graud. Ges." mitgetheilt wird, nach der Huldigungsfahrt der Westpreußen zu einigen Herren geäußert, daß ihm die Huldigung große Freude bereitet, ihn „wie ein Sonnenstrahl" berührt habe.

Der preußische Minister für Handel und Gewerbe hat an die Provinzialbehörden einen beachtenswerthen Erlaß gerichtet. Dieselben werden auf die in Stuttgart, Frankfurt a. M., Köln, Berlin 2c. zu Tage getretenen Bestrebungen auf Errichtung städtischer Arbeitsnachweise hingewiesen und veranlaßt, diese Bestrebungen thunlichst zu unterstützen. Der Herr Minister führt aus, daß die Bedeutung, welche der möglichst ausgedehnten Einrichtung solcher kommunalen Arbeitsnachweisstellen beizumessen ist, es wünschenswerth erscheinen lassen, daß die darauf gerichteten Bemühungen — die bis jetzt erst vereinzelt auftreten und hier und da bei den städtischen Vertretungen auf Abneigung gestoßen sind — nach Möglichkeit weiter ausgedehnt und gefördert werden. Dementsprechend wünscht der Minister, daß mindestens in allen Städten mit mehr als 10,000 Einwohnern städtische Arbeitsnachweise errichtet werden. Insbesondere wird es auch für wünschenswerth bezeichnet, wenn die Beisitzer der Gewerbegerichte möglichst auch als Beisitzer für die Arbeitsnachweisstellen verwendet werden. Die Provinzialbehörden sind angewiesen, von dem Erfolg ihrer Bemühungen dem Ministerium Bericht zu erstatten.

Am Sonntag fand in Frankfurt a. M. der allgemeine Delegirtentag der nationalliberalen Partei statt. Zur Begrüßung hatte der nationalliberale Wahlverein der Stadt Frankfurt für Sonnabend eine Zusammenkunft im Palmenhause veranstaltet. Gegen 500 Personen hatten sich dazu eingefunden. Der nationalliberalen Partei galten die Ausführungen des Landtagsabgeordneten Dr. Oswalt. Er bezeichnete es auch heute noch als nothwendig, jede Handlung im öffentlichen Leben vor Allem darauf zu prüfen, ob sie der nationalen Einheit förderlich oder schädlich sei. Deshalb betone die Partei immer wieder, daß sie eine nationale sei und bleiben wolle. (Beifall.) Die nationalliberale Partei sei eine Partei des Bürgerthums. So nenne sie sich mit Stolz und Bescheidenheit — mit Stolz in der Erinnerung an den ruhmreichen Antheil, den durch die Jahrhunderte hindurch bis in die Gegenwart hinein das deutsche Bürgerthum, der deutsche Mittelstand gehabt haben an der Entwickelung unseres gesammten nationalen Wesens, an jedem Fortschritt in Bildung und Gesittung, an der Pflege aller höchsten Güter des menschlichen Geistes und Gemüthes — zugleich aber mit Bescheidenheit in der Erkenntniß, daß erst durch das Zusammenwirken aller lebendigen Faktoren des Volkslebens sich die richtige Mittellinie der naturgemäßen Entwickelung ergiebt, daß alles menschliche Wissen und Urtheil nur bedingten Werth hat und daß deshalb Achtung vor fremden Ueberzeugungen dem besonnenen Manne geziemt. (Beifall.) In diesem Sinne nenne sich die Partei eine liberale, aber zugleich eine gemäßigt liberale Partei. (Beifall.) Sie wisse sich von dem Wahne frei, daß der Grundsatz der formalen Freiheit, in seinen letzten Folgerungen durchgeführt, das Allheilmittel bilde gegen alle Schäden und Gebrechen der Zeit. Sie maße sich nicht an, die alleinige Vertreterin des Volkswillens zu sein, wie Jene thun, die sich um so lauter Volkspartei nennen, je geringer thatsächlich ihr Anhang im Volke ist. (Lebhafte Zustimmung und Beifall.) Der Rückblick auf die Vergangenheit der Partei gebe die besten Aussichten für ihre Zukunft. Dr. Fester-Frankfurt a. M. feierte den Fürsten Bismarck als den Mann, dem wir Kaiser und Reich und dem die Nationalliberalen den Boden ihrer Bethätigung verdanken. Niemals werde sich die Partei das Gefühl der Verehrung und Dankbarkeit für den Mann rauben lassen, der den Traum der deutschen Einheit zur Wirklichkeit gemacht hat. Man spreche von Personenkultus, von Uebertreibungen, bedenke aber nicht, daß jeder große Gedanke, jede große That nur durch bestimmte Personen in die Erscheinung treten könne und daß Uebertreibungen der Liebe und Verehrung erfreulicher und fruchtbarer für unser Volksleben seien, als Uebertreibungen der Engherzigkeit, der kleinlichen Nörgelei oder gar des Hasses. Er freue sich herzlich, daß er nicht als einer geschichtlichen Erinnerung des Fürsten Bismarck gedenken müsse. Nicht zum wenigsten bewiesen gerade die letzten Kundgebungen des Altreichskanzlers, daß er noch als lebendige Macht unter uns weile. (Lebhafter Beifall.) Schließlich nahm noch der Reichs- und Landtagsabgeordnete Dr. Hammacher das Wort zu einer Rede auf Bennigsen. Er wird zurückgehalten, führte er aus, durch seine amtliche Stellung, durch die Rücksichten, die er seinem Könige, die er dem Amte schuldet. Sie mögen das recht oder unrecht finden — wir, seine älteren Freunde, sind davon überzeugt, daß er richtig handelt, denn nur so bewahrt er sich für die zukünftige Entwickelung unseres Vaterlandes auf. (Lebhafter Beifall.) Er ist, so Gott will, noch einmal berufen, der Retter unseres Vaterlandes zu werden in den ernsten kritischen Zeiten, denen wir entgegengehen. — In mehr als sechsstündiger Sitzung erledigte am Sonntag die nationalliberale Delegirtenversammlung unter Leitung des Staatsministers Hobrecht, weiterhin des Abgeordneten Dr. Hammacher und schließlich des Dr. Aub die ihr vom Centralvorstand vorgelegten Resolutionen, deren erste lautet: „Gegenüber der bedrohlich wachsenden Gefahr der Unterwühlung unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung hat die nationalliberale Partei niemals einen Zweifel gelassen, daß sie es bei der Abwehr der Umsturzbestrebungen an sich nicht fehlen lassen werde. Aus besten Kräften hat sie mitgewirkt, den berechtigten Forderungen der minder begüterten Klassen in sachgemäßer Weise gerecht zu werden. Dazu sind wir auch ferner bereit. Ebenso entschlossen sind wir aber, das Nothwendige zu thun, um die Grundlagen unserer nationalen, staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung zu schützen. Zu einem Kampfe gegen die Umsturzparteien bedarf es aber nicht allein des kräftigen Widerstandes der bürgerlichen Kreise, sondern in erster Linie auch eines klaren Programms der Regierung und einer zielbewußten einheitlichen Haltung derselben, welche bis jetzt nicht ersichtlich gewesen ist." Weitere Resolutionen fordern die Unterstützung der deutschen Volksgenossen gegen das Polenthum, die sichere Abgrenzung des finanziellen Verhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten und Zuweisung von Mitteln aus Reichsquellen an letztere. Eine fernere Reihe von Resolutionen beschäftigt sich mit Maßnahmen zur Hebung des Mittelstandes in Stadt und Land. Schließlich wird die bisherige Kolonialpolitik der Regierung als zu schwach getadelt und die Bereitwilligkeit zur Unterstützung einer maßvollen, aber zielbewußten Kolonialpolitik erklärt. Sämmtliche Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Ueber 300 Delegirte waren anwesend. Vom Oberpräsidenten v. Bennigsen ging ein Begrüßungstelegramm ein, das in herzlicher Form beantwortet wurde.

Auf dem antisemitischen Parteitag für Norddeutschland wurde, wie bereits kurz erwähnt, über die Bildung einer antisemitischen Gesammtpartei verhandelt. Der Vorsitzende Witte führte aus, daß die „Antisemitische Vereinigung", eine allgemeine Einigung der Antisemiten Deutschlands, nur dann als zu Stande gekommen betrachtet, wenn Ahlwardt mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten aufgenommen wird. (Stürmische Zustimmung.) Auch die beiden nächsten Referenten Prof. Förster und Redakteur der „Staatsb. Ztg." Bachler sprachen sich in diesem Sinne aus. Professor Förster bemerkte, er glaube zwar nicht an ein Mißlingen der Einigungsversuche in Eisenach, aber die „Vereinigung" müsse auch solche Eventualitäten berücksichtigen. Redakteur Bachler meinte, daß der Ausschluß Ahlwardt's die unheilvollsten Folgen haben würde, man dürfe dies schon den Wählern Ahlwardt's nicht anthun, daß man ihn etwa zu einem Abgeordneten zweiter Klasse mache. Auch Gastwirth Bodek wandte sich gegen die auf dem kommenden Parteitage in Eisenach beabsichtigte Zurücksetzung Ahlwardt's, weil dadurch die Gefahr entstehe, daß sich wieder besondere antisemitische Gruppen bildeten, so daß die Einigung illusorisch würde. Aber nicht nur mit Ahlwardt, sondern auch mit dem Abgeordneten Dr. Böckel beabsichtige man eine Zurückstellung auf dem Eisenacher Parteitage. (Hört! Hört! Unruhe.) Er bitte deshalb die Versammlung, auch gegen diese geplante Ausschließung Front zu machen. (Lebhafter Widerspruch und Beifall.) Dies sei umsomehr eine Pflicht des Parteitages, als ihm gegenüber Ahlwardt erklärt habe, nur wenn Dr. Böckel in die neue Partei aufgenommen werde, werde er dieser beitreten. (Hört! Hört! Unruhe.) Die weiteren Ausführungen des Redners, in denen er die Ausschließung Böckel's aus der hessischen Reformpartei scharf verurtheilt, wurden wiederholt von Schlußrufen und Lärm unterbrochen. Der Vorsitzende Witte erwiderte dem Redner, daß der Parteitag keine Veranlassung habe, für Dr. Böckel einzutreten. (Lebhafter Beifall.) — Nach längerer Debatte nahm sodann der Parteitag eine Resolution an, in der es heißt: „Jeder antisemitische Abgeordnete hat das Recht, sich der neuzubildenden unabhängigen Partei anzuschließen, und es darf seine Aufnahme nicht abgelehnt werden, sofern er sie nachsucht."

Gegenüber der Nachricht des „Vorw.", betreffend die Ausarbeitung eines Anarchistengesetzes durch den Geh. Rath Trott zu Solz, erklärt der Berliner offiziöse Berichterstatter des „Hamb. Corr.", daß dem Reichstage ein Anarchistengesetz überhaupt nicht vorgelegt werden soll. Wegen der zu machenden Vorlagen auf dem Gebiete des gemeinen Rechts zur Abwehr der demagogischen Agitationen sei die sorgfältigste Erwägung nöthig, weil vergebliche Entwürfe nur Wasser auf die Mühle der Sozialisten wäre und die Ansichten aller Parteien über die einzuschlagenden Wege auseinandergehen.

Vom ersten Berliner Reichstagswahlkreis wird dem sozialdemokratischen Parteitage u. A. ein Antrag zugehen, wonach die Gehälter der Parteibeamten 3000 Mk. nicht übersteigen sollen.